

Zehn Thesen zur Energieaußenpolitik Deutschlands

DITMAR STAFFELT

Das Thema Energie ist so präsent wie seit den 1970er Jahren nicht mehr und die Abhängigkeit von fossiler Energie, die damals deutlich wurde, heute stärker denn je. Seit Beginn dieses Jahrzehnts sehen wir uns mit einer noch nicht gekannten Preissteigerung für Energie konfrontiert. Gerade Deutschland hat als rohstoffarmes Land mit den Folgen zu kämpfen. Der Verbraucherpreisanstieg liegt so hoch wie seit 1993 nicht mehr; Preistreiber Nummer eins bleibt das Öl. Dabei wird die eigentliche Preisentwicklung am Ölmarkt durch die Wechselkursrelation des schwachen US-Dollar im Vergleich zum starken Euro im Euroraum sogar noch verschönert.

Das rasante Wachstum der großen Schwellenländer wie China oder Indien wird begleitet von einem weltweiten Konkurrenzkampf um fossile Ressourcen. Zu mehr als 80 Prozent wurde im letzten Jahr der globale Energieverbrauch von Öl, Erdgas und Kohle dominiert. Auch Deutschland ist zur Deckung seines Energiebedarfs in hohem Maße darauf angewiesen, Primärenergieträger zu importieren. Während bei Braunkohle und den erneuerbaren Energien fast vollständig auf die heimische Produktion zurückgegriffen werden kann, liegt die deutsche Importabhängigkeit bei Mineralöl und Gas bei 97 bzw. 83 Prozent, bei Uran sogar bei 100 Prozent.

In der Europäischen Union herrscht ein ähnliches Bild. Auch die EU wird zukünftig noch stärker auf Energieimporte angewiesen sein. Das Ziel Energiesicherheit ist folglich fester Bestandteil der Außenbeziehungen der EU. Die Versorgung weist neben einer ökonomischen und ökologischen eine sicherheitspolitische Dimension auf, nicht zuletzt weil es sich bei den Energieförderländern überwiegend um Staaten in instabilen Krisenregionen handelt. Die Regierungen in Europa müssen gleichzeitig dafür sorgen, die Kosten und Abhängigkeiten zu begrenzen. Bislang existiert keine wirksame gemeinsame europäische Energieaußenpolitik. Stattdessen werden die Staaten mit Blick auf ihre eigenen geopolitischen Vorstellungen primär ihren nationalen Interessen gerecht.

Die folgenden zehn Thesen bieten eine Bestandsaufnahme mit Fokus auf den Ist- und Soll-Zustand der Energieaußenpolitik Deutschlands im europäischen Kontext. Darüber hinaus werden fundamentale Herausforderungen für die deutsche Energieversorgung analysiert und Lösungswege aufgezeigt.

1. Das sogenannte Energie-Zieldreieck als Garant für eine erfolgreiche Energieaußenpolitik

Im Jahr 2007 beschlossen die Staats- und Regierungschefs erstmalig eine EU-Energiestrategie, die drei Ziele für die europäische Energieversorgung gleichgewichtig ins Zentrum stellt. Dieses Dreieck besteht aus den Feldern Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit.

Deutschland stellt dieses Dreieck seit Jahren in den Fokus seines Energieaußenpolitik. Schon im Jahr 2000 benannte die SPD diese drei Zielfelder im Rahmen des Energiedialogs 2000. Dabei besteht immer wieder das Problem ihrer Gewichtung. In Zeiten von Versorgungsengpässen scheint die Nachhaltigkeit des Energieträgers gemessen an der Versorgungssicherheit nebensächlich. In Zeiten hoher Preise fällt wiederum die Wettbewerbsfähigkeit stärker ins Gewicht.

Das Problem der Prioritätensetzung in der Energiepolitik besteht auch in der EU. Vor allem die neuen EU-Mitgliedsstaaten Osteuropas fokussieren ihre Energieaußenpolitik auf die nationale Allokation im Sinne der Versorgungssicherheit aus berechtigter Sorge, Russland als bisheriger Hauptversorger könne die Gaszufuhr zur Durchsetzung politischer oder wirtschaftlicher Ziele unterbrechen. Auch wenn der Konflikt in Georgien diese Sorge nicht gerade schmälern dürfte, ist eine Fokussierung allein auf diesen Teilbereich des Zieldreiecks deshalb problematisch, weil das Element der Wettbewerbsfähigkeit damit in den Hintergrund tritt. Hohe Kosten und Abhängigkeit sind die Folge.

Deutschland aber auch Spanien und weitere Länder der EU setzen vermehrt auf Nachhaltigkeit und somit auf erneuerbare Energien, in der Hoffnung, langfristig von fossilen Energieträgern weitestgehend unabhängig zu sein sowie damit die CO₂-Emissionen zu senken und die Energiekosten zu reduzieren.

Um die Vielzahl der energiepolitischen Ziele der EU-Mitgliedsstaaten zu erfüllen, ist es wichtig, klare Prioritäten zu formulieren, um daraus

Verhandlungsrichtlinien auf internationaler Ebene im Bereich der Energiepolitik zu generieren. Im Zentrum sollten Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien stehen. Es gilt, die Ziele innerhalb des Dreiecks sinnvoll auszu-tarieren, vorerst ist jedoch die Betonung der Nachhaltigkeit vonnöten.

2. Nationale Interessen überwinden und gemeinsam handeln

Die Energiepolitik Deutschlands ist geknüpft an die Frage, wie die Versorgungssicherheit angesichts der weltweit steigenden Energienachfrage zu wirtschaftlichen Preisen gewährleistet werden soll, ohne dabei die Nachhaltigkeit der Energieversorgung zu vernachlässigen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist dabei nicht die einzige, wenn-gleich eine wichtige Antwort. Deutschland sollte weiter für den Ausbau erneuerbarer Energien und für eine Steigerung der Energieeffizienz wer-ben, um auch über diesen Weg die Klimaschutzziele zu erreichen.

Deutschland muss sich in der EU weiterhin engagiert um eine Ausge-wogenheit innerhalb des Zieldreiecks aus Versorgungssicherheit, Wirt-schaftlichkeit und Umweltverträglichkeit bemühen.

Ziehen alle europäischen Staaten an einem Strang, so könnte ein wei-terer Schritt in Richtung besserer Umweltverträglichkeit – basierend auf neuen und erneuerbaren Energien wie Solar- und Windenergie, Wasser-kraft und Biokraftstoffen, die zunehmend fossile Träger substituieren – getan werden. Eine Erhöhung der Energieeffizienz verringert zudem die Abhängigkeit von Energieimporten.

Ziel ist es, die nationalen Energieinteressen der einzelnen europäi-schen Länder in einer gemeinsamen europäischen Energieaußenpolitik zu bündeln.

3. Deutschland muss seine Vorbildfunktion in der Energie- und Klimapolitik wahrnehmen

Deutschland verfügt mit dem 2007 beschlossenen integrierten Energie- und Klimaprogramm über das weltweit ambitionierteste und umfas-sendste Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik. Die Richt-schnur des Paketes ist die Zieltrias der Energiepolitik. Bereits 2006 hatte

die Bundesregierung die sogenannten »Dreimal 20« bis 2020 festgelegt. Das heißt konkret: 20 Prozent weniger Energieverbrauch, 20 Prozent weniger Treibhausgase und die Steigerung der Strombereitstellung aus erneuerbaren Quellen auf 20 Prozent.

Seither hat Deutschland zahlreiche Initiativen unternommen, damit die Ziele bis 2020 nicht abstrakt bleiben. Dazu zählt auch die diesjährige Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das EEG gilt weltweit als das erfolgreichste Fördermodell für erneuerbare Energien. Mit dem EEG sorgt Deutschland als weltweiter Technologieführer mit hoher Exportquote für einen stabilen Heimatmarkt in diesem Bereich und bietet sich zugleich als Schaufenster für seine Exportschlager, wie die Off-Shore-Anlagen im Bereich Windenergie oder die Solartechnik »Made in Germany«, an.

Gleichwohl liegt der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch in Deutschland derzeit lediglich bei neun Prozent. Dabei leistet die Nutzung von Biomasse 48 Prozent, gefolgt von Biokraftstoffen (21 Prozent) und Windkraft (18 Prozent). Neun Prozent der erneuerbaren Energien werden über Wasserkraft gedeckt. Die Solarwärme und die Photovoltaik stellen gemeinsam bisher drei Prozent der erneuerbaren Energien, die Geothermie nur ein Prozent.

Auch auf internationaler Ebene konnte Deutschland Impulse im Bereich der Energie- und Klimaschutzpolitik setzen. Auf dem G8-Treffen 2007 in Heiligendamm, aber auch während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft konnte Deutschland die G8-Staatengruppe und die EU für die drei erklärten Ziele bis 2020 gewinnen.

Deutschland hat erkannt, dass eine internationale Organisation fehlt, die die Staaten beim Ausbau erneuerbarer Energien vernetzt, konkret berät und unterstützt. Zusammen mit anderen Staaten wird die Bundesregierung Anfang 2009 den Aufbau einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) mit dem formellen Gründungsakt abschließen und damit dafür sorgen, dass national wie auch global neue Wege in der Energie- und Klimapolitik eingeschlagen werden.

4. Europa muss sein Energieportfolio erweitern

Der stetig steigende Ölpreis, aber auch der »Gas-Streit« Ende 2005 (in dem das bis dahin auch für die EU als zuverlässiger Gaslieferant geltende Russland der Ukraine den Gashahn zudrehte und damit seine Macht ge-

koppelt an den Faktor Energie demonstrierte) sowie Russlands Rolle in der jüngsten Krise im Kaukasus verdeutlichen: Die Energieaußenpolitik der EU muss das dringliche Anliegen haben, das klassische Bezugsportfolio hinsichtlich der Energiearten und Bezugsquellen zu erweitern. Nur so kann Versorgungssicherheit, aber auch Wirtschaftlichkeit erreicht beziehungsweise erhalten werden. Eine grundsätzliche Ausrichtung der Energiepolitik weg von lediglich einem Förderland hin zu einer Streuung der Energiepartner sowie die Verbreiterung des Energiemix müssen Ziel der Energieaußenpolitik sein.

Die Diversifizierung der Lieferwege gestaltet sich für Europa schwierig. Länder des Kaukasus und Nordafrikas, wie Libyen oder Algerien und auch Nigeria, stehen im Fokus der EU-Strategen.

Es scheint, als ginge es in der Energieaußenpolitik der EU um die Sicherung der Lieferwege, bei der jedoch wegen der Uneinigkeit innerhalb der EU keine Fortschritte gemacht werden. Länder wie Russland oder China können mit ihren staatseigenen Unternehmen ihren Vorteil nutzen, schnelle Entscheidungen herbeiführen zu können. Europa ist in energieaußenpolitischen Fragen gefordert, bei der bisweilen verzweifelt anmutenden Suche nach Lieferanten schneller zu handeln.

Neben der Ausweitung der Bezugsquellen muss Europa, will es Versorgungssicherheit garantieren, vermehrt auf die Diversifizierung der Energieträger setzen. Immer wieder wird über die Erweiterung der Versorgung mit Flüssiggas (LNG) diskutiert. Dazu muss die Politik bereit sein, die Zahl der Anlagen zur Regasifizierung von LNG zu erhöhen.

Versorgungssicherheit kann nur erreicht werden, wenn der Umfang der Importe fossiler Energieträger verringert werden kann. Bereits heute importiert die EU 50 Prozent ihrer Energie. 2030 könnten es schon 70 Prozent sein; die Abhängigkeiten wären somit höher als heute. Aufgabe der Politik muss es sein, im Sinne der Losung »Weg vom Öl« den Anteil heimischer erneuerbarer Energieträger zu erweitern.

Aber auch die strittige Atomenergie muss bei der Frage der Diversifizierung EU-weit beleuchtet werden. Was würde unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit geschehen, wenn die deutschen Ausstiegsszenarien europaweit Anwendung fänden? Frankreich müsste in diesem Fall 80 Prozent der elektrischen Energieversorgung substituieren. Allerdings zeigt der Bau neuer Druckwasserreaktoren, dass in Frankreich eine Substituierung nicht erwünscht ist. Auch Großbritannien, Finnland, Bulgarien und Slowenien planen neben der Verstärkung erneuerbarer Energien auch neue Atomkraftwerke. Italien, das nach Tschernobyl aus der Erzeu-

gung der Atomenergie ausgestiegen ist, importiert heute Atomstrom aus Frankreich und der Schweiz und will ab 2013 mit dem Bau neuer Kernkraftwerke beginnen.

Will Deutschland also ernsthaft seinen Weg aus der Atomenergie und seine Energiestrategie mit Nachdruck in eine gemeinsame europäische Energiepolitik einbringen, müsste es klarer als bisher definieren, wie die Versorgungssicherheit unter diesem Aspekt europaweit gewährleistet und eine noch stärkere Abhängigkeit von Energieimporten vermieden werden kann. Entscheidend bleibt deshalb, ob es in überschaubaren Zeiträumen neue, sichere und wirtschaftlich vertretbare Technologien geben wird, die eine Stabilisierung des europäischen Zieldreiecks gewährleisten können. Deshalb ist ein noch stärkerer Fokus auf die Entwicklung solcher neuen Technologien zu richten. Dies schließt auch die Fortentwicklung der bekannten erneuerbaren Energien sowie hocheffizienter, emissionsarmer Kohlekraftwerke ein.

5. Europa muss mit einer Stimme sprechen

Wir brauchen *eine* europäische Energiepolitik. Doch das Energiekonzept innerhalb der EU ist – wie schon bei der Nutzung von Atomenergie zu sehen ist – durch die verschiedenen nationalen Energiekonzepte äußerst bunt. Die politische Überschrift »Energieaußenpolitik« steht, dennoch fehlt es an einer gemeinsamen Strategie.

Während es über die North-Stream-Pipeline abgesehen von der Trassenführung in Europa Konsens gibt, wird das Versagen der EU beim Nabucco-Projekt augenfällig. War die Pipeline einst das zentrale Energieprojekt der EU, um sich von einzelnen Förderländern, insbesondere Russland, unabhängiger zu machen, so zeigen sich heute hier die nationalen Belange in der Energieaußenpolitik am deutlichsten. Die Pipeline soll Gas aus Zentralasien und der kaspischen Region nach Europa fördern. Heute mehren sich die Zweifel, ob Nabucco je gebaut wird. Slowenien kündigte während seiner EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2008 an, beim russischen, parallel verlaufenden Nabucco-Konkurrenzprojekt South-Stream mitzuarbeiten. Zuvor waren bereits Italien, Griechenland, Bulgarien und Ungarn eingestiegen – womöglich aus Angst, wie in Verdis Nabucco, den Chor des Europäischen Konsortiums »lebe wohl, teure Heimat, leb wohl« als Abgesang auf die nationale Souveränität singen zu hören.

Um Europa energiepolitisch zu einen, ist die Implementierung des Vertrags von Lissabon unerlässlich. Dieser enthält erstmals eine Klausel zur Energiesolidarität und regelt die wichtigsten Ziele und Eckpunkte in Fragen der Energiepolitik: das Funktionieren der Energiemärkte, die Versorgungssicherheit, Energieeffizienz, die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energieträger, die Verknüpfung von Energieverbänden. Europa hat die Chance, mit dem Vertrag einen höheren Grad an Verbindlichkeit in der Energieaußenpolitik zu erreichen. Es bleibt die Frage, ob es gelingt, den Lissabon-Vertrag in einem weiteren Anlauf umzusetzen.

6. Wir brauchen Russland – Russland braucht uns

Spricht man von der Energieaußenpolitik, so ist zwangsläufig die Zusammenarbeit mit Russland von großer Bedeutung. Russland besitzt die weltweit größten Gasreserven und liefert als strategisch wichtiger Partner 80 Prozent seiner Erdöl- und Erdgasexporte nach Europa. Allein in Deutschland werden 35 Prozent der Erdgasversorgung durch Russland gedeckt.

Diese Abhängigkeit könnte verstärkt werden, wenn Russland gemeinsam mit dem Iran und anderen gasfördernden Ländern eine OPEC-ähnliche Organisation gründet, die unter russischer Führung den Gasmarkt in Europa beherrschen könnte. Eine solche Entwicklung muss verhindert werden, da sonst politisch motivierte Preisabsprachen drohen.

Bei der europäisch-russischen Kooperation handelt es sich jedoch keineswegs nur um ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Auch russische Energieexporte hängen fast ausschließlich vom EU-Markt ab. Mehr als drei Viertel der ausländischen Investitionen stammen aus der EU, die im Energiesektor, bei der Steigerung der Energieeffizienz, bei der Modernisierung der Infrastruktur und der Modernisierung der Wirtschaft insgesamt der wichtigste Partner für Russland ist. Um diese Beziehungen zu stabilisieren und weiterzuentwickeln, bedarf es eines schrittweisen Zurücknehmens unmittelbaren staatlichen Einflusses auf wesentliche strategische Industrien zugunsten einer marktwirtschaftlichen Entwicklung der russischen Volkswirtschaft. Ansonsten werden Zweifel an der Verlässlichkeit Russlands nicht verstummen, da nicht zu Unrecht unterstellt werden kann, dass in Spannungssituationen oder Konfliktfällen die wirtschaftlichen Beziehungen politisch instrumentalisiert werden.

Eine echte Interdependenz mit Chancen und Herausforderungen für beide Seiten kann nur dann entstehen, wenn beiderseits die marktwirtschaftlichen Regeln Anwendung finden und die Ökonomie sich zu einem wichtigen und eigenständigen Faktor in den EU-Russland-Beziehungen entwickelt. Wir werden in den nächsten Jahren sehen, ob der Ex-Unternehmer Medwedew in seiner Funktion als Präsident der Russischen Föderation in der Lage ist, seine Ankündigungen über eine unternehmerische Öffnung in Russland zu verwirklichen.

Wir brauchen Russland in der gemeinsamen Verantwortung, für eine Agenda über globale Fragen. Im Hinblick auf Energiesicherheit, Klimaschutz, Rüstungskontrolle, die Lösung regionaler Konflikte oder die Bekämpfung des internationalen Terrorismus bleibt die Kooperation mit Moskau unverzichtbar.

Die europäischen Staaten müssen gemeinsam den politischen und wirtschaftlichen Dialog mit Russland vertiefen. Russland bleibt ein wichtiger Partner in Bezug auf die Energieaußenpolitik. Deshalb ist es unerlässlich, in der Zusammenarbeit mit Russland auf die Einbindung Moskaus in die europäischen und internationalen Strukturen und die Einführung geltender Standards zu drängen. Die Verankerung der wesentlichen Prinzipien der Energiecharta – mehr Verlässlichkeit, Transparenz und vor allem Investitionssicherheit – gilt es sicherzustellen. Dazu gehört auch, in Russland verstärkt um die Akzeptanz der WTO-Regularien zu werben, um die überfällige Aufnahme Russlands in die WTO realisieren zu können. Das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Russland wird ebenfalls ein Baustein für die Konsolidierung der Zusammenarbeit in der Energiepolitik sein.

Das russische Verhalten in Georgien ist allerdings als schwerer Rückschlag bei der Einbindung Moskaus in die internationalen Strukturen zu bewerten. Es hat sich gezeigt, dass die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Russland immer auch konkret mit Fragen der Macht, der Stärke und des Einflusses verbunden sind. Niemand soll sich täuschen: Gas und Öl werden auch als politische Instrumente eingesetzt. Nur mit der Anerkennung international geltender Standards und Regeln wird die Grundvoraussetzung globaler Verflechtungen erfüllt.

7. Stabilisierung der Staaten der »Strategischen Ellipse«

Die zunehmende Konkurrenz um wichtige fossile Energieträger zwingt Europa, sich neben Russland verstärkt an Zulieferer in Zentralasien, dem Nahen und Mittleren Osten, der sogenannten »Strategischen Ellipse«, die 70 Prozent der globalen Rohöl- und Erdgasvorräte umfasst, zu wenden.

Wesentlich für die Energieversorgung ist auch der Maghreb. Die EU tut gut daran, die Mittelmeerunion als Belebung des Barcelona-Prozesses zu fördern, damit diese auch in Energiefragen ein tatsächliches Instrument der Kooperation der EU mit Nordafrika werden kann.

Experten gehen davon aus, dass im Jahr 2020 die Hälfte der weltweiten Öl- und Gasproduktion aus Ländern mit geopolitischen Risiken stammen wird. Soziale und politische Spannungen, Bürgerkriege, militärische Konflikte sowie Regimewechsel in diesen Regionen können weitreichende Auswirkungen auf die Energieversorgung Europas haben. Politische Stabilität in den Produzenten- und Transitländern ist für eine ungestörte Versorgung unerlässlich.

Wichtig ist es daher, dass neben einer weitgehenden Diversifizierung der Lieferquellen auch eine stärkere Institutionalisierung und Verrechtlichung der EU-Beziehungen zu den Produzenten- und Transitländern stattfindet. Projekte wie die Energiecharta oder eine Energieunion müssen mit Nachdruck verfolgt werden. Hilfreich können dabei Institutionen wie das Internationale Energieforum sein. Ein vergleichbares Forum für Erdgasförder- und Verbraucherländer könnte für weitere Sicherheit und Vertrauen sorgen.

Die bedeutsamen Regionen der »Strategischen Ellipse« und Nordafrikas dürfen nicht den USA oder China überlassen werden. Einbindung und Partnerschaft sollten zentrale Zielsetzungen auf der energiepolitischen Agenda Europas sein. Ein Export von Stabilität muss künftig konsequenter als bisher verfolgt werden, um die europäische Nachbarschaft weiter zu stärken.

8. Energieaußenpolitik als präventives Konfliktmanagement

Der Kampf um den Zugang zu Ressourcen, an dem sich vermehrt auch die aufstrebenden Schwellenländer wie beispielsweise China und Indien beteiligen, birgt großes Konfliktpotential.

In der Zusammenarbeit mit den Schwellenländern muss die EU auf internationale Kooperationen abzielen. Diese Politik muss auch bei den Schwellenländern Fuß fassen.

Chinas Energie- und Rohstoffpolitik, die bewusst alle weltweit geltenden Regeln, wie »Good Governance«, Demokratisierung, Menschenrechte und vor allem die Entwicklungspotentiale in den afrikanischen Ländern außer Acht lässt und beschädigt, ist ein besonders deutliches Beispiel für eine politisch-ideologische Energieaußenpolitik. Dadurch werden neue Spannungen in den afrikanischen Ländern erzeugt und nicht kontrollierbare Konflikte heraufbeschworen.

Um das zu verhindern, ist die EU gefragt, in ihrer Energieaußenpolitik frühzeitig auf effektive, multilaterale Kooperation zu setzen und andere Staaten von dieser Politik zu überzeugen. Die Energieaußenpolitik der EU muss als präventives Konfliktmanagement verstanden werden.

Unter diesem Vorzeichen haben die G8-Länder Indien, Südkorea, die EU und eben auch China im Juni 2008 eine »Internationale Partnerschaft für die Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz« beschlossen. Durch die Zusammenarbeit in der Energiepolitik sollen Synergien bei der Grundlagenforschung sowie bei Technologieentwicklung und -transfer entstehen, von denen alle Beteiligten profitieren. Darüber hinaus werden Investitionen für Sonnenenergie, Wasserkraft und andere erneuerbare Energien zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und zum Abbau der Abhängigkeit von Öl und Gas führen.

Für den weiteren Verlauf der weltweiten Energiepolitik ist eine verstärkte Zusammenarbeit der G8 mit den Schwellenländern entscheidend.

9. Globale Verantwortung für globale Probleme

Ressourcenknappheit, Abhängigkeiten von Förder- und Transitländern oder auch der Energiehunger der aufstrebenden Schwellenländer bestimmen die Energiepreisbildung und damit die Energiepolitik. Regierungen werden durch nationale Alleingänge künftig kaum mehr in der Lage sein, die Rohstoffpreise signifikant zu beeinflussen. Es ist zu befürchten, dass der Verteilungskampf zu einem zentralen außenpolitischen Konfliktfeld dieses Jahrhunderts wird.

Erforderlich ist ein neuer Ordnungsrahmen, der sämtliche relevante Fragen effektiv erfasst. Durch die Einbindung aller Förder-, Transit- und

Empfängerländer in eine »globale Verantwortungspartnerschaft« könnten Konflikte friedlich beigelegt werden. Globale Probleme, wie Klimawandel oder Ressourcenknappheit, sind nur durch globale Zusammenarbeit zu lösen.

Die Gewichte in der Welt haben sich dramatisch verschoben. Beim weltweiten BIP ist der Anteil der G8-Länder in den letzten Jahren auf derzeit 58 Prozent zurückgegangen. Bis 2050 werden die westlichen Länder nur noch zehn Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Das alles zwingt den Westen, sich zu öffnen und wichtige Akteure in globalpolitisch zentralen Fragen gleichberechtigt zu beteiligen, damit die Herausbildung neuer eigenständiger Machtzentren, die einer »Global Governance« im Wege stehen, verhindert werden kann. Für die G8 gilt es daher, die Schwellenländer entsprechend ihrer Bedeutung schrittweise gleichberechtigt in ein erweitertes G8-Modell aufzunehmen und sie damit in partnerschaftliche Verantwortung zu setzen. Mit dem Heiligendamm-Prozess ist von deutscher Seite ein Dialog institutionalisiert worden, der weiter intensiviert werden muss.

Das optimistische Zukunftsmodell einer »Global Governance« unter Einbeziehung der aufsteigenden Machtzentren erfordert die Anpassung der »Global Institutions« an die neuen Machtverhältnisse. Das heißt, eine nachhaltige Reform der Vereinten Nationen, der Weltbank, des IWF und anderer globaler Institutionen ist die notwendige Konsequenz. Die alten Strukturen, entstanden nach dem Zweiten Weltkrieg, werden den Problemen von heute nicht mehr gerecht.

Demgegenüber stünde ein pessimistisches Modell von Machtblöcken, die in einem dauernden konfliktbeladenen Spannungsverhältnis stehen.

10. Rohstoffspekulation muss unterbunden werden

Die Verteuerung fossiler Energieträger an den Rohstoffmärkten bedeutet für die Einfuhrländer eine große Belastung. Während noch Ende der 1990er Jahre der Preis zum Teil deutlich unter 20 US-Dollar pro Barrel lag, stieg der Rohölpreis innerhalb von drei Jahren drastisch von 40 (Mai 2005) auf über 100 US-Dollar und phasenweise deutlich darüber. Öl war über Jahrzehnte zu billig. Ohne Zweifel haben die großen Schwellenländer zudem die Nachfrage angeheizt und damit den Rohstoffpreis nach oben getrieben.

Spekulation treibt obendrein die Weltmarktpreise nach oben. Nur durch internationale Zusammenarbeit, mehr Transparenz und Kontrollmechanismen kann verhindert werden, dass die Spekulation mit Energie- und Nahrungsmittelrohstoffen zu einer künstlichen Teuerung führt.

Der dramatische Anstieg der Rohölpreise verteuerte zugleich die für die Agrarproduktion notwendigen Treibstoffe, Dünger sowie die Transporte. Die energetische Verwertung von Agrarrohstoffen und der Anbau von Energiepflanzen wurden deutlich attraktiver, gingen aber zu Lasten der Lebensmittelerzeugung. Innerhalb weniger Wochen schossen die Preise für Grundnahrungsmittel wie Weizen, Mais oder Reis weltweit in die Höhe und führten zur Verschlechterung des Lebensstandards vieler Menschen bis hin zu Hungerkrisen. Die Bevölkerung in zahlreichen Ländern reagierte mit Unruhen und Demonstrationen: In Haiti musste die Regierung zurücktreten, in Afrika kam es in einigen Ländern zu Generalstreiks und Militäreinsätzen.

Die Preise für fossile Treibstoffe ziehen derzeit die Preise für Agrarprodukte nach. Den Einfluss steigender Energiepreise auf die Preissteigerungen bei Agrarrohstoffen schätzt die Weltbank auf 15 Prozent. So war die Verteuerung des Rohöls – neben anderen Faktoren – mitverantwortlich für die Nahrungsmittelknappheit. Experten rechnen damit, dass der Ölpreis mittelfristig auf bis zu 200 US-Dollar pro Barrel steigen könnte.

11. Resümee

Die zehn vorgestellten Thesen geben einen Überblick über die Energieaußenpolitik Deutschlands in der EU und schlagen Lösungen vor, welche Wege künftig eingeschlagen werden sollen. Dabei wird deutlich, dass das Modell der nationalstaatlichen Interessenvertretung ausgedient hat. Nur mit einer inneren europäischen Geschlossenheit sowie rechtlich verbindlichen Grundlagen als Basis einer gemeinsamen EU-Energieaußenpolitik wird es möglich sein, die Durchsetzbarkeit europäischer – und in der Konsequenz auch deutscher – Interessen zu stärken. Der Einfluss Europas innerhalb der wichtigen und rohstoffreichen »Strategischen Ellipse« wird auch von der wirtschaftlichen und politischen Macht und Handlungsfähigkeit der EU bestimmt.

Die Wirtschaftskraft Europas in der internationalen Politik ist abhängig von der kontinuierlichen und sicheren Belieferung mit Energie. Mit-

telfristig werden Deutschland und die EU von der Versorgung mit fossilen Energieträgern abhängig bleiben, auch wenn der Anteil an erneuerbaren Energien in den letzten Jahren gestiegen ist. Deutschland nimmt bei der Erforschung und dem Gebrauch erneuerbarer Energien *weltweit eine führende Position* ein. Auch beim Klimaschutz besetzt Deutschland eine Vorreiterrolle. Nur mit einer weitergehenden Diversifizierung sowie gleichzeitiger Intensivierung des Dialogs mit den Förderstaaten und aufstrebenden Schwellenländern werden die energiepolitischen Ziele Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit in einem ausgewogenen Verhältnis stehen können. Gleichwohl enthebt uns die beste Energieaußenpolitik nicht der Verpflichtung, weitere eigene Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zu unternehmen, um den Energieverbrauch zu reduzieren bzw. effizienter zu gestalten und gleichzeitig neue innovative Technologien in Anwendung zu bringen.